

2019 – ein Jahr mit wichtigen Entscheidungen



Parteipräsidentin Patricia von Falkenstein

Bereits im Januar haben wir unser Team für die Nationalratswahlen nominiert, nun geht es weiter mit wichtigen Entscheidungen.

Im Mai stehen Eidgenössische und Kantonale Abstimmungen an. Die AHV-Steuer Vorlage ist für unsere Wirtschaft – und nicht nur für die grossen Firmen – entscheidend. Wenn wir nicht wollen, dass international tätige Unternehmen im Ausland auf „schwarze Listen“ kommen und dadurch erhebliche Nachteile hätten, muss jetzt zugestimmt werden, auch wenn die Verknüpfung mit der AHV-Finanzierung nicht optimal ist.

Gefährliche Initiative

Gefährlich ist die Initiative der JUSO, voll von der SP unterstützt, die eine höhere Besteuerung der „Besserverdienenden“ fordert (die sogenannte Topverdienersteuer). Mehr Steuern für Personen, die höhere Einkommen erzielen als der Durchschnitt, ist unsinnig und schadet unserer Standortattraktivität. Es braucht die entschlossene Haltung der LDP in diesen Fragen.

Wir vertreten die grossen wie auch kleineren Firmen, und wir vertreten auch Menschen, die ein höheres Einkommen erzielen. Mit dem Engagement für eine gesunde Wirtschaft und hochqualifizierte Mitarbeitende helfen wir als Partei mit, nicht zuletzt auch die Errungenschaften des sozialen Basel zu sichern. Die hohen Sozialausgaben in unserem Kanton können wir nur dank einer starken Wirtschaft und dank guter Steuerzahler finanzieren. Das scheinen die Linken nicht zu begreifen.

Im Oktober dann wählen wir unsere Vertretungen in den Nationalrat und Ständerat. Unser Ziel ist die Verteidigung unseres Mandates im Nationalrat und der Gewinn des Ständeratsitzes.

Zielsetzungen sind anspruchsvoll

Das Nationalrats-Kandidatenteam ist sehr gut. Dazu werden noch die Liste der Jungliberalen und die Gewerbeliste kommen. Im Ständeratswahlkampf stehen sich die beiden politischen Lager gegenüber. Links eine Kandidatin der SP, deren Partei eine Mehrbesteuerung der Besserverdienenden will, die sich für die 1:12-Initiative eingesetzt hat, die eine gewerbefindliche Erbschaftsteuer wieder einführen wollte und die für die Unternehmensverantwortungs-Initiative ist. Auf der anderen Seite kandidiere ich, um Basel in Bern mit liberalen und bürgerlichen Werten zu vertreten. Sie kennen mich und meine politischen Überzeugungen seit langem, über meine Arbeit als Parteipräsidentin, als Grossrätin, Bürgergemeinderätin und verschiedene soziale Engagements. Die LDP ist froh, bei diesen wichtigen Wahlen auf Sie und Ihre Unterstützung zählen zu können. Die Parteien, welche soziale und ökologische Anliegen rein ideologisch betrachten, haben keine Mehrheit in Basel. Nie gehabt. Gemeinsam können wir es schaffen.

Unser Blick geht aber über den Herbst 2019 hinaus. Im Oktober 2020 sind in Basel-Stadt Wahlen für den Regierungsrat und den Grossen Rat. Neben unserem bewährten Regierungsrat Conradin Cramer brauchen wir dann 99 Persönlichkeiten, die sich für eine Grossrats-Kandidatur zur Verfügung stellen. Der Bettinger Kandidat steht ja bereits fest und ist erfreulicherweise in der LDP-Fraktion. Mit den ersten Vorarbeiten zu diesen Wahlen haben wir bereits begonnen.

Ich freue mich, Sie bei einer unserer nächsten Parteiversammlungen oder ei-

nem der interessanten Anlässe persönlich begrüßen zu dürfen. Ich bedanke mich für Ihre Unterstützung und wünsche Ihnen einen schönen Frühling!

Inhalt

2019 - ein Jahr mit wichtigen Entscheidungen Seite 1

Milizparlament – was heisst das eigentlich? Seite 2

Ja zum Neubau Naturhistorisches Museum und Staatsarchiv: Seite 3

Nein zur Topverdienersteuer-Initiative

Ja zur „Kirchensteuer“-Vorlage Seite 4

Ja zum Ozeanum

Nein zur Krankenkasseninitiative Seite 5

Ja zur Revision des Waffenrechts Seite 6

Ja zur Steuervorlage 17 Seite 7

Von Falkenstein in den Ständerat: Die bürgerliche Alternative Seite 8

Fünf Top-Kandidaturen für den Nationalrat Seite 9

Der Grossratspräsident: Die Kunst des Kompromisses ist gefragt

RR Conradin Cramer: Digitalisierung, hui oder pfui? Seite 12

Jungliberale: Klimaschutz – Handeln statt Demos

LDP Riehen-Bettingen: GV Seite 14

Volksinitiative Sicherheit dank Sichtbarkeit Seite 15

LDP-Podium NHM/Staatsarchiv Seite 16

Der Fraktionspräsident: Milizparlament – was heisst das eigentlich?



Fraktionspräsident Michael Koechlin

Wenn im goldenen Türmchen auf dem Rathausdach eine Viertelstunde vor Sitzungsbeginn das Glöcklein läutet, schreiten aus allen Ecken der Stadt, aus Riehen und von Bettingen herab, die gewählten einhundert (oder meistens fast einhundert) Grossrätinnen und Grossräte ins Rathaus. Sie kommen in den Grossratssaal, statt ins Schulzimmer zu gehen, sie lassen ihre Arztpraxis für heute geschlossen, in der Confiserie muss es heute ohne den Chef klappen, zahlreiche Büroarbeitsplätze bleiben leer, der Staatsanwaltschaft fehlt heute ein Detektiv, und so weiter, und so fort. Etwas anders sieht es bei den Pensionierten aus, die haben ja Zeit und bekommen ihre Rente, auch wenn sie zwei oder mehr Tage im Monat politisieren... Einhundert Miliz-Parlamentarierinnen und Parlamentarier sitzen jetzt im Grossratssaal. Aber nicht nur das. Sie haben

sich in Kommissionssitzungen und Fraktionssitzungen, aber vor allem zu Hause, in ihrer Freizeit, mit den durchschnittlich 40 bis 50 traktandierten Geschäften befasst. Sie haben sich in Themen und Fragestellungen vertieft, und sich im Schnellverfahren zu Expertinnen und Experten in Bereichen entwickelt, denen sie in ihrem bisherigen Leben vielleicht kaum je begegnet sind.

Nicht zu vergessen, die zahlreichen parlamentarischen Vorstösse, Interpellationen, Anzüge und Motionen, die auch alle daheim ausgedacht und geschrieben sein wollen.

Das heisst Milizparlament.

Ein gewöhnliches Ratsmitglied erhält pro dreistündige Sitzung im Plenum oder in einer Kommission 200 Franken, plus einen jährlichen Grundbetrag von 6'000 Franken für Erwerbsausfall, EDV, Verpflegung und Hausaufgaben. Die Sitzungsgelder sind Steuer- und AHV-pflichtig, der Grundbetrag nicht. Dafür gehen aber bei der LDP noch 15% als Mandatsabgabe an die Partei, bei anderen Fraktionen ist es teils weniger, teils mehr. Der Ratspräsident und Kommissionspräsidenten und Präsidentinnen bekommen eine bescheidene zusätzliche Entschädigung.

Miliz = Reich wird man nicht

Wenn man also durchschnittlich 40 Rats-

und 20 Kommissionssitzungen pro Jahr nimmt, plus den erwähnten Grundbetrag, ergibt dies einen «Jahresverdienst» von 18'000 Franken. Steuern: minus 2'400 Franken. Mandatsabgabe: minus 2'700 Franken. Bleiben netto 12'900 Franken. Rechnen wir 60 mal 3 Stunden Präsenz in Plenums- und Kommissionssitzungen, gleich 180 Stunden. Rechnen wir 60 mal 4 Stunden für Hausaufgaben (Aktenstudium, Verfassen von Vorstössen, Vor- und Nachbereitung der diversen Sitzungen etc.) gleich 240 Stunden dazu. Das gibt total 420 Stunden (oder 10 Wochen) Ratsarbeit pro Jahr. Und damit einen Stundenansatz von etwa 30 Franken netto. Mehr gibt's nicht.

Im Ausland anders

Zum Vergleich, der Landtag Baden-Württemberg, in der Bundesrepublik auch eine Art «Kantonsparlament»: Ein Abgeordneter oder eine Abgeordnete in Stuttgart bekommt derzeit monatlich 7.963 Euro. Zudem eine monatliche Pauschale in der Höhe von 2.208 Euro, Jahres brutto 122'052 Euro. Das Land zahlt dem Abgeordneten auch die tatsächlich entstandenen Kosten für einen Mitarbeiter oder für entsprechende mandatsbedingte Dienstleistungen. Zur Aufwandsentschädigung gehört ferner, dass dem Abgeordneten Telefon, Fax und Internet kostenlos zur Verfügung stehen. Im Übrigen kann er die Deutsche Bahn 1. Klasse innerhalb Baden-Württembergs frei nutzen.

Motivation ist eine andere

Warum diese ganze Rechnerei? Einfach nur um zu zeigen, dass es aus finanziellen Gründen nicht wahnsinnig interessant ist, Basler Grossrätin oder Grossrat zu sein. Und das ist gut so. Die Motivation muss eine andere, eine vielfältigere und vor allem eine am Wohl und Gedeihen unseres Staates, unserer Gesellschaft und unseres Gemeinwesens orientierte sein. Und abgesehen davon, Milizparlament heisst eben nicht ein komfortables Auskommen im politischen Elfenbeinturm, sondern die gewollte Verbindung von parlamentarischer und anspruchsvoller Berufsarbeit. Das heisst auch ein realer Bezug zum Leben und zu Menschen ausserhalb des Rathauses. Und das ist gut so. Auch wenn es manchmal belastend, für manche zuweilen bis an die Grenze des Zumutbaren, sein kann.



Auch unsere Mitglieder nehmen einiges auf sich, um sich zu engagieren. Sie treffen sich an Parteiversammlungen wie hier im Februar, nehmen an Arbeitsgruppen teil, schreiben Inputs oder lassen sich in Ämter wie Schulrat oder Richter wählen. Auch das ist gelebte Miliz!

Naturhistorisches Museum und Staatsarchiv: Ein gemeinsamer Neubau macht Sinn

Am 19. Mai stimmen wir über eine wichtige Frage ab: Wie sieht die Zukunft für das Naturhistorische Museum Basel (NMB) und das Staatsarchiv Basel (StABS) aus? Es geht dabei um ein wichtiges und wegweisendes Projekt für Basel, das mit 214 Millionen Franken auch sein Preisschild hat. Aber diese Investition in die Zukunft der beiden für Basel eminent wichtigen und unverzichtbaren Institutionen ist entscheidend, damit sie auch in der Zukunft ihre Funktion erfüllen und sich weiterentwickeln können.



Heiner Vischer, Grossrat, Präsident der Kommission des Naturhistorischen Museums

Im Folgenden soll anhand von verschiedenen Fragen aufgezeigt werden, warum der Vorstand der LDP dieses Projekt unterstützt und das von der SVP und Teilen der FDP ergriffene Referendum klar ablehnt.

Warum braucht es einen Neubau?

Sowohl das NMB als auch das StABS können nicht an ihrem Standort bleiben. Die Räumlichkeiten sind an beiden Orten sehr veraltet und die Sammlungsbestände drohen in einem solchen Fall irreparable Schäden zu nehmen (Schimmel, generell schlechte klimatische Verhältnisse). Dazu sind die Kapazitäten am StABS erschöpft und es müsste ein sechstes Aussenlager in Betrieb genommen werden, was für den Betrieb dieses Hauses unzumutbar ist. Auch entsprechen die Vermittlungs- und Benutzungs-räumlichkeiten in beiden Häusern in keiner Weise mehr den heutigen Anforderungen. So hat es beispielsweise im StABS im Sommer in den Lesesälen bis zu 30°C Temperaturen gegeben. Aus denkmalschützerischen Gründen darf aber keine Kühlung eingebaut werden.

Sind die Kosten nicht zu hoch?

Die Kosten teilen sich für die beiden Institutionen etwa zu 1/3 StABS und 2/3 NMB auf. Die Regierung hat in ihrem Ratschlag zu Handen des Grossen Rates detailliert und schlüssig aufgezeigt, dass alle Sparpotentiale für den Neubau

ausgenutzt wurden. Es wurde zudem untersucht, ob eine zwei-Standorte-Lösung günstiger käme (also zB. nur das StABS kommt in einen Neubau oder zwei separate Standorte für NMB und StABS). Es hat sich jedoch klar gezeigt, dass sowohl die Investitions- als auch die Betriebskosten wesentlich höher ausfallen würden. Mit der Einstandort-Lösung erhalten beide Institutionen ausserdem die dringend benötigte moderne Infrastruktur und grössere Flächen für die Sammlung, Vermittlung und Forschung was zu einem grossen betrieblichen Mehrwert führt und für die Besuchenden einen qualitativen Quantensprung bedeutet.

Wo soll der Neubau hinkommen?

Geplant ist der gemeinsame Neubau an der Entenweidenstrasse, südlich vom Vogesenplatz beim St. Johann Bahnhof. Ursprünglich wurden in einer ersten Phase 13 Standorte genauer geprüft. Es hat sich gezeigt, dass dieser Standort der einzige ist, der alle Anforderungen zu erfüllen vermag die an einen solchen

grossen und komplexen Neubau gestellt werden müssen.

Ist dieser Standort nicht zu peripher?

Mit dem Tram (oder S-Bahn) ist man vom Bahnhof und mit dem Bus von der Schiff-lände in wenigen Minuten beim Bahnhof St. Johann bzw. am Kannenfeldplatz. Auch gibt es neu die Möglichkeit, das Auto in einem Parkhaus zu parkieren. Es hat sich zudem in einer Umfrage gezeigt, dass beim NMB 93% der Besuchenden (im StABS sind es 100%) gezielt das Museum besuchen. Diese Besucher und Besucherinnen werden also auch weiterhin in das NMB und StABS kommen.

Warum keine Rückkehr des NMB?

Warum kann das NMB nicht nach der Sanierung an seinem jetzigen Standort bleiben? Der Berri Bau muss generalsaniert werden. Dies betrifft nicht nur die Infrastruktur sondern auch die Erdbebenertüchtigung.

Die Arbeiten werden 5-7 Jahre dauern und dies würde bedeuten, falls der Neubau nicht realisiert werden kann, dass für diesen Zeitraum kein Naturhistorisches Museum in Basel für das Publikum zur Verfügung stehen würde. Mit den jährlich rund 1600 besuchenden Schulklassen ist das NMB mit Abstand das für Basler Schulen wichtigste Museum und eine Schliessung würde mehr als nur einer Generation der Schüler und



Eine Visualisierung des künftigen Gemeinschaftsbaus für Museum und Staatsarchiv.

Schülerinnen einen Museumsbesuch verunmöglichen. Das darf nicht sein! Abgesehen davon werden nach der Sanierung rund 40% weniger Ausstellungs- und Vermittlungsfläche zur Verfügung stehen, da die in den letzten 150 Jahren erfolgte Nacheinbauten in den Berri Bau gemäss Vorgabe des Denkmalschutzes wieder entfernt werden müssen. Das Museum kann also nicht mehr seine Aufgabe in der jetzigen Form erfüllen, was einem gravierenden Angebotsabbau gleichkommen würde.

Der Plan ist, dass das Antikenmuseum nach der Sanierung des NMB in den klassizistischen Berri Bau einziehen wird. In umfangreichen Abklärungen konnte bestätigt werden, dass der Berri Bau nach der Sanierung die statischen Anforderungen erfüllt, um die Sammlung des Antikenmuseums aufzunehmen. Auch ist eine Überdachung des Innenhofs nun möglich, sodass die Skulpturensammlung attraktiv präsentiert werden kann. Die jetzigen Gebäude des Antikenmuseums werden nach dem Auszug des Mu-

seums in Büroräume umgebaut. Auch das StABS wird in Büroraum umgebaut, damit die dezentral in der Stadt verstreuten Dienststellen des Präsidialdepartements in unmittelbarer Nähe zum Rathaus untergebracht werden können. Aus all diesen Gründen unterstützt der Parteivorstand den Neubau im St. Johann. Am 8. April ist die Parteiversammlung dem Antrag des Vorstands gefolgt und empfiehlt klar die Ablehnung des Referendums gegen den Neubau und unterstützt somit das Projekt.

Topverdienersteuer: Nein zur Standortverschlechterung

Steuern sind ein wichtiger Standortfaktor. Für die regionale Wirtschaft ist es wichtig, dass sie Topleute rekrutieren kann und diese gerne nach Basel kommen. Mit der Topverdienersteuer-Initiative würden Gutverdienende nochmals stärker belastet, nachdem sie schon durch den „Basler Kompromiss“ bei der Steuervorlage 17 (SV17) tendenziell mehr Steuern bezahlen werden. Dies wäre eine massive Verschlechterung des Standortes Basel. Dazu bringt die Initiative höchstens 16 Mio. Mehreinnahmen. Da bestimmt Gutverdienende wegziehen werden, ist aber sogar eine Verschlechterung des Finanzhaushaltes denkbar

Heutige Regelung...

Nach geltendem Recht bemisst sich die Einkommenssteuer folgendermassen: Die einfache Steuer auf dem steuerbaren Einkommen wird nach Tarif A berechnet: Von CHF 100 bis CHF 200'000: CHF 22.25 je CHF 100. Über CHF 200'000: CHF 26 je CHF 100. Die einfache Steuer auf dem steuerbaren Einkommen wird für in rechtlich und tatsächlich ungetrennter Ehe lebende Ehegatten sowie für Alleinstehende, die mit Kindern oder unterstützungsbedürftigen Personen zusammenleben und deren Unterhalt zur Hauptsache bestreiten, nach Tarif B berechnet: Von CHF 100 bis CHF 400'000: CHF 22.25 je CHF 100. Über CHF 400'000: CHF 26 je CHF 100.

... und nach Annahme Initiative

Die Initiative „Topverdienersteuer“ will die Einkommenssteuer im oberen Einkommensbereich anheben. Dies soll mit einer Erhöhung der Grenzsteuersätze für die steuerpflichtigen Personen, auf welche die zweite Tarifstufe anwendbar ist, geschehen. Zudem soll die bisherige zweite Tarifstufe neu in zwei Tarifstufen aufgeteilt werden. Die Tarifgestaltung soll ansonsten unverändert bleiben und auch an den Steuerfreibeträgen (Sozialabzüge) soll nichts geändert werden. Für eine gutverdienende Person brächte die Initiative eine Erhöhung der Steuerrechnung um bis zu 11%.

Damit wird der Kompromiss von SV17 – bei dem auch Unternehmen wichtige

Kirchensteuer: Ja zu sinnvoller Lösung

Das Computerprogramm, mit dem der Kanton Basel-Stadt die Steuern berechnet und als Daten den Kirchen bisher zur Verfügung gestellt hat, muss aktualisiert werden, da sich der Kanton einem neuen System anschliessen muss. Mit dem neuen Programm ist es dem Kanton nicht mehr möglich, den öffentlich-rechtlich anerkannten Kirchen in Basel die Daten wie bisher zu liefern. Da die Kirchen zu einem rechtsstaatlich sauberen Steuerbezug verpflichtet sind, hat sich der Kanton bereit erklärt, die Kirchensteuern für die Kirchen zusammen mit den Kantonssteuern jeweils in Rechnung zu stellen. So machen das auch alle anderen Deutschschweizer Kantone. Der Grosse Rat hat dieser Lösung mit grossem Mehr zugestimmt. Für die Mitglieder der Evangelisch-reformierten Kirche, der Römisch-katholischen Kirche, der Christkatholischen Kirche und der Israelitischen Gemeinde Basel bringt die neue Lösung einen besseren Datenschutz, da ihre Steuerdaten nicht mehr an die Kirchen transferiert werden müssen. Für alle anderen ändert sich nichts. Für den Kanton ist die neue Regelung vorteilhaft, weil er sein System nun auch für die Kirchen anwenden kann und dafür von den Kirchen eine Entschädigung erhält, ohne dass für die Steuerverwaltung damit ein nennenswerter Mehraufwand anfällt. Kann diese Lösung nicht umgesetzt werden, müssten die Kirchen eigene Systeme aufbauen, was mit erheblichen Anfangskosten in annähernder Millionenhöhe und zusätzlichen jährlichen Kosten im höheren sechsstelligen Bereich verbunden wäre. Diese Mittel würden dann für Aufgaben fehlen, welche die Kirchen bisher im Dienst der Allgemeinheit erbringen. Deshalb JA zu einer sinnvollen Lösung!

Dr. Bernhard Christ



Zugeständnisse machten - untergraben, wobei schon dort durch die Erhöhung der Dividendenbesteuerung auf 80% 30 Mio mehr pro Jahr in die Kantonskasse kommen – und diese logischerweise in erster Linie von Gutverdienenden aufgebracht werden.

Ungeahnte Folgen

Basel-Stadt befindet sich in der Region aktuell im Mittelfeld, was die Besteuerung von Gutverdienenden angeht. Es gibt Gemeinden mit ähnlichen Steuersätzen (Speckgürtel), solche mit höheren (Richtung Oberbaselbiet) und einige mit tieferen (Aargau). Keineswegs sind die Steuern in Basel speziell tief – kein Handlungsbedarf. Ausserhalb der Region tobt jedoch ein starker Konkurrenzkampf (Innerschweiz), weshalb eine Erhöhung Folgen haben könnte. Gutverdienende sind mobil. Durch Wegzug fällt nicht nur Steuersubstrat sondern auch nachgelagerte Wertschöpfung (Konsum

und Investition) weg. Durch Wegzug aus der Schweiz fehlen zudem wichtige Beiträge in Sozialversicherungen (AHV, IV, ALV etc).

Die Initiative widerspricht der Fairness

Die Initiative ist im weiteren ein Verschluss gegen die Fairness: Rund die Hälfte der Bevölkerung in Basel-Stadt bezahlt netto keine Steuern, berücksichtigt man den Abzug von Prämienverbilligungen und weiteren staatlichen Transferzahlungen wie Mietgeldzuschuss, Krippensubventionen etc. Man muss deshalb mit jenen Personen, die unsere Gesellschaft in hohem Masse finanzieren, fair umgehen. Die aktuelle Steuerkurve ist progressiv und keineswegs flach, wie von Befürwortern der Initiative behauptet (Kombination aus Freibetrag und flat ergibt immer progressive Kurven – siehe Diagramm auf der vorangehenden Seite).

Gutverdienende sind wichtige Säulen der regionalen Gemeinschaft. Sie engagieren sich karitativ und unterstützen häufig auch soziale und kulturelle Institutionen mit Beiträgen, welche der gesamten Gesellschaft wieder zu Gute kommen.

Dieses Engagement wird wegfallen, wenn diese Personen die Region verlassen oder aber aufgrund der höheren Besteuerung weniger oder nicht mehr sich entsprechend engagieren.

Die Folge sind Mehrkosten für die Allgemeinheit, für welche der Staat dann wieder Steuergelder einzusetzen hat – die Katze beisst sich somit in den eigenen Schwanz.

Krankenkasseninitiative: Unfaire CVP-Aktion

Es tönt natürlich verlockend, was die Krankenkasseninitiative der CVP will: Die Verfassung des Kantons Basel-Stadt soll wie folgt ergänzt werden: „Selbst-bezahlte Prämien für die obligatorische Krankenpflegeversicherung können vom steuerbaren Einkommen abgezogen werden. Es kann eine Begrenzung der Abzugsfähigkeit vorgesehen werden, wobei mindestens die günstigste im Kanton angebotene Prämie abzugsfähig sein muss.“ Wer könnte da schon dagegen sein? Niemand – wenn nicht die Forderung der Initiative nicht bereits zu einem guten Teil im „Allparteien-Deal“ zur Basler Umsetzung der SV17 enthalten wäre. SP, Grüne, FDP, LDP, SVP, GLP und auch CVP hatten einen breit abgestützten Kompromiss ausgehandelt. Die linke Seite holte zusätzliche Sozialleistungen bei der Erhöhung der Familienzulagen und eine Erhöhung der Dividendenbesteuerung raus. Die Bürgerlichen erhielten ihre lang geforderte Steuersenkung. Für die CVP wurde ein Extrapassus eingebaut – ein Steuerabzug auf selbstbezahlte Krankenkassenprämien. Entsprechend votierte auch kein einziger CVP-Parlamentarier mehr für die Ja-Parole zur Initiative, als diese im Grossen Rat behandelt wurde. An der Urne fand der Kompromiss fast 80 Prozent Zustimmung. Dass die CVP nun die Initiative zur Abstimmung bringt, ist ein Wortbruch. Und dass als Begründung die abgelehnte Spitalfusion erhalten muss, ist mehr als fadenscheinig. Es spricht für Präsident und Fraktions-Chefin der CVP, dass sie dieses unfaire Vorgehen ausdrücklich nicht billigen. Die LDP kann und will diese Art des Politisieren nicht mittragen und empfiehlt ein klares Nein!.

André Auderset

Ozeanium: Leuchtturmprojekt für Naturschutz und Basel

Am 19. Mai stimmen die Baslerinnen und Basler über den Bebauungsplan zum Ozeanium ab. Im Ozeanium wird der Zoo Basel Themen wie den Klimawandel oder die Plastikverschmutzung aufgreifen und das Publikum für den Schutz der Meere sensibilisieren. Gleichzeitig gibt das Ozeanium auch Impulse für die Stadt allgemein und das Gewerbe im speziellen.



Dr. Oliver Pagan, Direktor des Zoo Basel

Das Meer geht uns alle etwas an. Wir beziehen aus dem Ozean unsere Nahrung, wir transportieren darauf unsere Güter, wir fördern Energie aus seinem Untergrund und wir erholen uns an seinen Küsten. Angesichts dieser Herausforderungen braucht es auch in Binnenländern ein neues Bewusstsein für den Umgang mit den Meeren.

Die Menschen müssen das Meer verstehen und sich dafür begeistern, um es zu schützen. Nur so bleibt es den nächsten Generationen als Ressource erhalten. Die direkte Begegnung mit den Tieren im Ozeanium wird – wie auch jetzt im Zoo –

die Besucherinnen und Besucher für die Tiere und ihre Lebensräume begeistern. Damit wird das Ozeanium einen Beitrag zum Schutz der marinen Lebensräume leisten.

Ein Impuls für Basel

Ein willkommener Nebeneffekt sind auch die Impulse für Basel: Das Ozeanium wird die Attraktivität der Tourismusdestination Basel weiter steigern. Dank der zentralen Lage an der Heuwaage werden die erwarteten 500 bis 700'000 Besuchenden die umliegenden Geschäfte aufsuchen. Das schafft Nachfrage, Verdienstmöglichkeiten und letztlich auch neue Arbeitsplätze in Basel. Allein im Ozeanium selbst entstehen bis zu neunzig neue Jobs.

Hinzu kommen wirtschaftliche Effekte durch den Bau. Zwischen 70 und 80% der Investitionen des Zolli fliessen zurück in die regionale Wirtschaft. Das zeigt zum Beispiel der Blick auf die 2017 eröffnete Elefantenanlage «Tembea»:

Fortsetzung S. 6

Das Gesamtprojekt kostete 27 Millionen Franken, rund 21 Millionen Franken flossen in die lokale Wirtschaft hier in Basel. Für das Ozeanum wird Ähnliches erwartet: Umgerechnet werden also bis zu 80 Millionen Franken den Unternehmen in der Region Basel zufließen. Nach der Eröffnung wird das lokale Gewerbe von den jährlichen Ausgaben für den Betrieb und den Unterhalt in Höhe von rund 5 Millionen Franken profitieren.

Keine Kosten für den Steuerzahlenden

Gleichzeitig kostet das Ozeanum die Steuerzahlenden nichts – weder beim Bau noch beim Betrieb. Es wird immer wieder behauptet, dass der Kanton früher oder später einspringen muss. Doch diese Behauptung hat weder eine wirtschaftliche noch eine politische Grundlage. Der Zoo ist eine gemeinnützige private Aktiengesellschaft und in keiner Weise in den Kanton eingebunden. Der Blick ins Ausland zeigt auch, dass Grossaquarien finanziell erfolgreich geführt werden können. Wir mussten sogar Investoren «abwimmeln», da wir

unabhängig und wissenschaftlich ohne Gewinnziele arbeiten möchten. Für den Zoo macht die neue Themenanlage besonders Sinn, da wir dadurch die wetterbedingten saisonalen Schwankungen ausgleichen können.

Tierwohl an oberster Stelle

Zum Schluss möchte ich noch etwas zu den haltlosen Vorwürfen der Gegner bezüglich Tiertransport und -haltung sagen: Wer den Zoo Basel besucht, weiss, dass das Wohl der Tiere im Zoo Basel höchste Priorität hat.

Selbstverständlich werden wir auch im Ozeanum die höchsten Standards bei Bezug und Haltung der Tiere befolgen. Deshalb darf die Arbeit eines wissenschaftlich geführten Zoos nicht mit der oft unkontrollierten Hobbyaquaristik, bei der es durchaus Missstände geben kann, verglichen werden. Im Gegensatz zu den schlecht informierten oder unehrlichen Gegnern machen Vertreter des Tierschutzes beider Basel oder des WWF diese Unterscheidung und unterstützen, neben vielen Baslerinnen und Basler aus der Zivilgesellschaft und Politik, das Ozeanum.



Ja zur Revision des Waffengesetzes

Nach den Terroranschlägen von 2015 in Paris hat die EU Ihre Waffengesetze verschärft. Neu ist für den Erwerb und Besitz halbautomatisierter Waffen wie das Sturmgewehr 90 und 57 eine Ausnahmebewilligung erforderlich. Erwerber müssen entweder Mitglied in einem Schiessverein sein oder auf privater Basis regelmässig üben.

Als Mitglied des Schengenraums muss die Schweiz diese Verschärfung übernehmen und das eigene Waffenrecht anpassen; ein Nicht-Nachvollzug könnte dazu führen, dass die Schweiz aus dem Schengen/Dublin-Abkommen fällt. Schützenverbände und Pro Tell haben das Referendum ergriffen, welches von der Schweizerischen Offiziersgesellschaft - nicht ohne Misstöne -, unterstützt wird. Das Referendumskomitee ist besorgt, dass die Traditionssportart in den Ruch des Halblegalen, «nicht unähnlich dem Cannabis» gerate, die Waffenrichtlinie «antischweizerisch» sei und eine Bürokratielawine verursache, ohne relevanten Sicherheitsgewinn zu generieren. Der Besorgnis einer automatischen Kündigung wird entgegengebracht, dass es kein Grund gebe, weshalb die EU ein Interesse daran habe, der Schweiz das Schengen-Abkommen zu kündigen.

Aus zwei Gründen ist der Änderung des Waffengesetzes jedoch zuzustimmen. Der Gesetzesvorschlag respektiert die Schweizer Schiesstradition: Die Ordnungswaffe welche der Armeeangehörige nach dem Ende der Dienstzeit übernimmt oder in der Vergangenheit direkt vom Militär übernommen hat, ist von der neuen Regelung nicht betroffen. Für Schützinnen und Schützen und Personen mit Schiessnachweis ändert sich nichts. Ohne Schengen-Mitgliedschaft wird die Schweiz zur Schengen-Aussengrenze. Die Arbeit von Polizei und Grenzschutz ohne Zugriff auf die Informationssysteme von Schengen würde erschwert. Die Einschränkungen beim Reiseverkehr würden den Tourismus treffen. Die Schweiz müsste mehr Asylverfahren durchführen und der volkswirtschaftliche Schaden würde gemäss dem Justizdepartement «in die Milliarden» gehen. Ob bei einer Ablehnung der Änderung des Waffengesetzes dies so eintreten würde, ist nicht gewiss; ein solches Risiko eingehen sollten wir aber gewiss nicht, zumal nur bei einem Nein die Sicherheit verschlechtert würde.

Michael Hug, Jungliberale BS

Steuervorlage 17: Wichtig für Basel

Auch wenn die Verknüpfung zweier Sachthemen, die nichts miteinander zu tun haben, unschön erscheint und auch ist: Die Steuervorlage ist für Basel zu wichtig, als dass man sich diesem „package-deal“ verweigern könnte.



Nationalrat Christoph Eymann

Bei der Steuervorlage 17 wird die Verknüpfung von zwei Sachgeschäften kritisiert, die beide wichtig sind, aber in keinem Zusammenhang stehen.

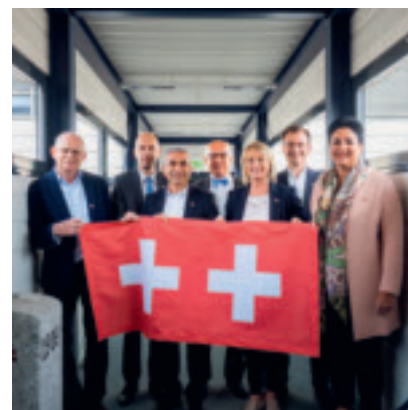
Die neue Steuerregelung wird in einem Paket mit einer AHV-Finanzierungsregelung zur Annahme oder Ablehnung vorgelegt. Diese Feststellung ist richtig. Weil aber der Ständerat diese Verbindung hergestellt hatte und im Nationalrat sofort Sympathie für dieses Paket vorhanden war, gab es keinen Spielraum für andere Lösungen.

Das Geschäft steht unter Zeitdruck, die steuerliche Privilegierung der Holding-Gesellschaften wird international nicht

länger geduldet. Die Unternehmenssteuerreform III ist 2017 vom Volk abgelehnt worden und auch eine Teilsanierung der Altersvorsorge fand keine Mehrheit an der Urne. Die Folgerung muss sein: ohne die politische Linke kann keine Lösung gefunden werden. Weil aber die Neuregelung für unsere Wirtschaft so dringend ist, drängt sich dieser Kompromiss auf. Die Zusatzfinanzierung der AHV mit ca. 2 Milliarden Franken pro Jahr ist ein Entgegenkommen an die Linke. Weil wir nicht riskieren dürfen, dass Schweizer Firmen – darunter auch unsere Pharma-Unternehmen – im Ausland auf „Schwarze Listen“ gesetzt werden und dadurch wirtschaftliche Nachteile gewärtigen müssten, ist die Zustimmung zu diesem „package-deal“ für mich zwingend. Erstaunlich, dass die Grünliberalen, die sich sonst so gerne wirtschaftsfreundlich nennen, die Vorlage ablehnen. Die SVP hat dazu Stimmfreigabe beschlossen, nachdem ihr Bundesrat, Finanzminister Maurer, auf den drohenden Schaden im Falle der Ablehnung hingewiesen hat.

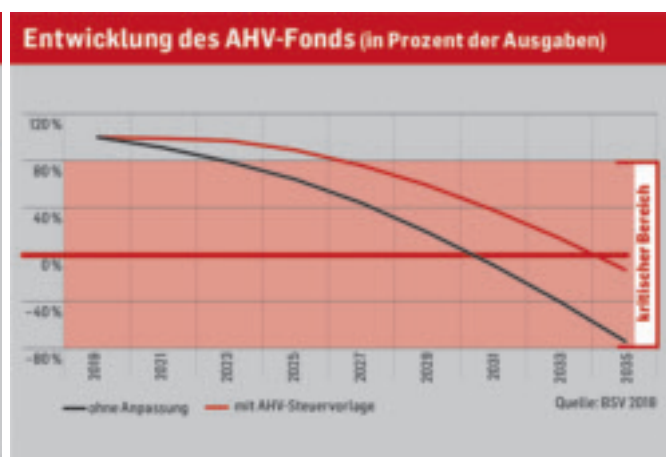
Kein Kniefall vor den Grossunternehmen

Von den Linken wird in der Diskussion oft von Steuergeschenken an die Gross-



Parteienübergreifend für die Steuervorlage 17: v.l.nr.: Jürg Stöcklin (Grossrat Grüne BS), Joël Thüring (Grossrat SVP BS), Mustafa Atici (Grossrat SP BS), Klaus Endress (VR-Präsident Endress+Hauser Gruppe), Elisabeth Schneider-Schneiter (Nationalrätin CVP BL, Präsidentin Handelskammer beider Basel), Matthias Leuenberger (Länderpräsident Novartis Schweiz), Daniela Schneeberger (Nationalrätin FDP BL)

firmen geredet und von Kniefall vor den Pharma-Unternehmen. Tatsache ist, dass diese Firmen mit der neuen Regelung nicht weniger Steuern bezahlen als früher, sondern mehr. Rechnet man noch die Kosten für die Massnahmen hinzu, welche von den Basler Stimmbürgern gutgeheissen worden sind, die als Ausgleich die Bevölkerung entlasten sollen, erhöht sich die Belastung auch für diese Firmen zusätzlich. Nicht wegen der Grossfirmen müssen wir diese Anpassungen vornehmen, sondern zum Erhalt der Wirtschaftskraft des Standortes. Wichtig für die LDP als Partei, welche auch die Interessen der Wirtschaft vertritt, ist eine klare Zustimmung zu dieser Vorlage.



Heute profitieren international ausgerichtete Unternehmen von Steuervorteilen, während inlandorientierte Unternehmen wie die meisten KMU einen höheren Steuersatz haben. Die AHV-Steuvorlage korrigiert diese Ungleichbehandlung, indem sie die umstrittenen Steuerprivilegien abschafft. Neu werden Unternehmen steuerlich entlastet, die auf Forschung und Innovation setzen. Diese Massnahmen stehen allen Unternehmen offen und sind international akzeptiert. Die AHV-Steuvorlage führt so zu einem faireren Steuersystem und zu gleich langen Spiessen für KMU.

Die AHV hat bereits heute ein Finanzierungsproblem in Milliardenhöhe und muss saniert werden. Die AHV-Steuvorlage leistet mit einer AHV-Zusatzfinanzierung einen Beitrag zur Rentensicherheit, indem sie das jährliche Defizit der AHV um 2 Milliarden Franken senkt. Zur nachhaltigen Schliessung der Deckungslücke im AHV-Fonds bleiben strukturelle Massnahmen dennoch zwingend notwendig. Eine AHV-Zusatzfinanzierung ist aber in allen Szenarien unausweichlich. Die AHV-Steuvorlage bringt uns ohne Erhöhung der Mehrwertsteuer einen Schritt weiter.

Patricia von Falkenstein in den Ständerat: Die bürgerliche Alternative

Mit einhelliger Begeisterung nahm die Parteiversammlung vom 8. April die Nomination von Patricia von Falkenstein als Ständeratskandidatin vor. Damit besteht eine echte bürgerliche Alternative zur bereits von linker Seite nominierten Eva Herzog.



Erwartungsgemäss nahm die Parteiversammlung mit grosser Begeisterung von der Bereitschaft ihrer Präsidentin Kenntnis, für den Basler Sitz im Ständerat zu kandidieren. Nach vielen positiven und die Kandidatin ermunternden Voten wurde Patricia von Falkenstein mit riesigem

Applaus einstimmig nominiert. Es wurde befriedigt zur Kenntnis genommen, dass CVP und GLP bereits entschieden haben, die LDP-Kandidatur zu unterstützen. Ebenfalls oppositionslos zugestimmt wurde der angestrebten Listenverbindung mit BDP, CVP, EVP, FDP und GLP.

Schliesslich wurde dem Vorstand die Kompetenz erteilt, über Unterlistenverbindungen zu entscheiden.

Daran glauben ist wichtig!

Die Nominierte bedankte sich sichtlich gerührt bei den rund 70 Mitgliedern in der Schlüssel-Zunft. Und sie betonte, dass sie keineswegs „nur einfach so“ kandidiere: „Wenn ich nicht an einen Erfolg glauben würde, dann würde ich das gar nicht auf mich nehmen. Tatsächlich stimmen und wählen in Basel rund 40% eher links. Für eine Wahl braucht es aber mindestens 50+1%. Hoffnungslos ist meine Kandidatur also sicher nicht.“

Wichtig sei aber - so die Kandidatin - dass auch alle ihr zugeneigten Kreise an einen möglichen Erfolg glauben würden. Nur wenn alle Bürgerlichen zusammenstünden, habe man eine reelle Chance.

Breite Unterstützung zeichnet sich ab

Ein gutes Zeichen sei, dass die Mitglieder von zwei Mitte-Parteien bereits Unterstützung der LDP-Kandidatur beschlossen hätten. Auch von der FDP sei Unterstützung zu erwarten. Bei der SVP wisse man noch nicht, wie sie sich verhalten werde. Eine offene Haltung beschloss die EVP, die in Basel mit der CVP eine Fraktionsgemeinschaft bildet, in Riehen aber mit der SP.

Nicht zuletzt stünde auch ihre Familie fest hinter ihr - wenn auch vielleicht nicht aus ganz uneigennütigen Gründen: „Mein Sohn und meine Tochter haben mir schon signalisiert, dass sie im Falle meiner Wahl mit deutlich mehr sturmfreien Abenden zuhause rechnen würden - und dass ihnen das nicht unangenehm wäre.“



Ob im Vorzimmer des Grossen Rates beim Koordinieren (Bild links) oder bei einer Parteiversammlung: Patricia von Falkenstein beweist Kompetenz und Souveränität.

Unser Team für Bern: Fünf Top-Kandidaturen für den Nationalrat

Mit unserem „Kapitän“ und Bisherigen Christoph Eymann sowie Patricia von Falkenstein, Raoul I. Furlano, Anna Götenstedt und Heiner Vischer hat sich die LDP für ein Ticket entschieden, auf dem Jede und Jeder fähig ist, Basel-Stadt in Bern perfekt zu vertreten. Für einmal sollen die Kandidatinnen und Kandidaten aber nicht selbst für sich werben, sondern Persönlichkeiten zu Wort kommen lassen, welche sie gut kennen und sie deshalb empfehlen können.



Felix Eymann: Warum ich Christoph Eymann empfehle

Wenn einer schon Bürgergemeinderat, Grossrat, Regierungsrat, Verfassungsrat, Nationalrat war und seit fast 40 Jahren in der LDP politisiert – weshalb tut er sich dann an, im Alter von 68 Jahren nochmals für den Nationalrat zu kandidieren?

Diese Frage darf man tatsächlich stellen. Ich finde es gut, dass mein Bruder Christoph sein Nationalratsmandat im Herbst verteidigen will und damit gleichzeitig die Basler LDP stärkt; schliesslich kenne ich ihn am längsten!

Es gibt im Kanton wohl niemand, der über eine so reiche politische Erfahrung verfügt. Die Nationalratstätigkeit von 1991 bis 2001 war sehr erfolgreich, ebenso sein Wirken als Regierungsrat in unserem Kanton. Auch als Präsident der Schweizerischen Universitätskonferenz und der Erziehungsdirektorenkonferenz (EDK) konnte er sich national positiv in Szene setzen. Das Spektrum seiner Aktivitäten ist breit, es umfasst die Bildungspolitik ebenso wie die Wirtschafts-, Umwelt- und Energiepolitik. Der Leistungsausweis ist beachtlich: Seine Motion im Nationalrat führte zur

Aufnahme des Prinzips der Nachhaltigen Entwicklung in die Bundesverfassung, der Bundesrat wählte ihn zum Präsidenten des Nationalen Komitees des Europäischen Naturschutzjahres 1995, schon im Jahr 2000 propagierte er eine Klima-Flugticketabgabe. Als Freund von Bruno Manser sind ihm der Schutz der Tropenwälder und der indigenen Bevölkerung ein wichtiges Anliegen. In seiner Zeit als Präsident der EDK hat er sich für die Beibehaltung der Mehrsprachigkeit in unserem Land eingesetzt und so dazu beigetragen, dass in verschiedenen Kantonen Volksinitiativen zur Vernachlässigung des Französisch-Unterrichts abgelehnt werden konnten. Diese Liste könnte ohne Probleme verlängert werden. Erwähnenswert ist sein unermüdlicher Einsatz für unsere Universität, die Fachhochschule und die Berufsbildung. Auf verschiedenen Wegen versucht er immer wieder, mehr Bundesgelder für diese Bildungsstufen zu erhalten, leider nur zum Teil erfolgreich; die Widerstände gegen seine Anträge stammen leider von den bürgerlichen Parteien.

Mein lieber Bruder ist auch immer dafür zu haben, die Politik nicht todernst zu betreiben. In mancher humorfreier Zone verschiedener politischen Gremien hat er für Auflockerung gesorgt. Es wird erzählt, dass er einmal – man behandelte im Regierungsrat ein Traktandum zur



Hundehaltung – mit einem Hund in den Regierungsratssaal einmarschiert sei. Wichtig scheint mir auch, dass er „Land und Leute“ kennt und ihm Basler Traditionen und Eigenheiten wichtig sind. Er hat die Fähigkeit, seinem Gegenüber auf Augenhöhe zu begegnen und nimmt die Anliegen des Arbeitslosen ebenso entgegen wie die des ETH-Professors.

Warum empfehle ich ihn für den Nationalrat? Erstens befürchte ich Probleme mit ihm, wenn ich das nicht tun würde, zweitens kann ich als Arzt attestieren, dass er nach wie vor über wache Reflexe verfügt. Dem Vernehmen nach findet er das Bundeshaus in Bern immer im ersten Anlauf, ist noch nie nach Zürich statt Bern gefahren und kennt die Namen aller Bundesrätinnen und -räte, all dies trotz stattlichen Alters. Etwas ernsthafter: Der Geist, der die Basler Liberalen prägt, kann von ihm am besten nach Bern transportiert werden. Er tut der Fraktion, der er dort angehört, wirklich gut!

PS: Als profunder Kenner mehrerer politischer Parteien würde ich ihn auch empfehlen, wenn er bei der SP kandidieren würde.



Christine Wirz-von Planta: Warum ich Patricia von Falkenstein empfehle

Politisch versiert, offen, selbstbewusst, charmant, liberal und stadtbekannt, so lässt sich Patricia von Falkenstein kurz umschreiben. Das politische Handwerk hat sie als Geschäftsführerin der Liberal-Demokratischen Partei gründlich erlernt. Inzwischen ist sie über die Parteigrenzen hinaus anerkannt und in allen Sachbereichen, besonders in Sozial-, Wirtschafts- und Bildungsfragen, äusserst gut bewandert. Im Umweltschutzbereich stellt sie sich auf den Standpunkt, den kommenden Generationen und der Umwelt zuliebe mit der Energie sparsam umzugehen und in sinnvolle alternative Energien zu investieren.

Eine ihrer Stärken ist die optimale Vernetzung: Im politischen Alltag als Parteipräsidentin und als Gross- und Bürgergemeinderätin, im Sozialnetz als

Präsidentin der Pro Senectute beider Basel und des Vereins Kinderbetreuung Basel, im kulturellen Bereich als Präsidentin des Vereins zur Förderung der Musik-Akademie der Stadt Basel und als Vorstandsmitglied der „Basler Madrigalisten“; die Auflistung der ehrenamtlichen Mandate ist damit noch lange nicht abgeschlossen!

Unbequemen Fragen weicht sie nie aus und sucht stetig nach vertretbaren Kompromissen, wobei das liberale Gedankengut immer über der ideologischen Denkweise steht. Originalton: „Die ideale Basis meiner Politik ist zwar klar bürgerlich. Aber ich trage keine Scheuklappen gegenüber guten Ideen, egal woher sie kommen“. „Nein, so geht es nicht“, sagt sie öfters mit Bestimmtheit und gibt keine Ruhe, bis eine Lösung für jedes anstehende grössere oder kleinere Problem gefunden ist, und dies mit unermüdlichem Engagement! Rätselhaft bleibt, wie sie alles unter einen Hut bringt, aber sicher ist dies nur dank ihrer gehörigen Portion Pflichtbewusstsein und Hartnäckigkeit möglich!

Patricia von Falkenstein ist in Zürich geboren, in den USA, in Rom und Oberwil zur Schule gegangen und hat in Basel Jurisprudenz studiert. Aus Basel fortziehen käme für sie nie in Frage, hier hat sie ihre Tochter und ihren Sohn grossgezogen und Basel ist und bleibt das Zentrum ihres grossen Einsatzes. Basel in allen Belangen als Kanton zu stärken und in Bern zu vertreten ist das dezidierte Ziel für die weitere politische Karriere. Alles in allem sind dies ideale Voraussetzungen für den Einzug in den Nationalrat in Bern - und ich wüsste nicht, wer für den Ständerat besser in Frage kommen würde!



Dominik Büchel: Warum ich Raoul I. Furlano empfehle oder ein frivoler Blick ins Wähler- Tagebuch

Montag, 14. Januar

Eben gehört: Die Liberalen haben eine

Liste gemacht. Fünf Zeilen mit fünf Namen für den Nationalrat: der Bisherige, die Chefin, der Ratspräsident, die Gastnominin und Raoul Furlano. Der wurde vor genau zwei Monaten 55. Ein guter Jahrgang.

Mittwoch, 20. Februar

Furlano kann Politik. Im Grossen Rat sagt er als Fraktionssprecher zur Klimanotstandsdiskussion, dass seine Partei skeptisch sei: Ist eine Resolution mit unscharfen Begriffen der gute Weg? Schicke dem Kandidaten Furlano ein e-Mail und frage ihn, wie er es denn halte mit dem Klimawandel.

Donnerstag, 21. Februar (frühmorgens)

Antwort kam postwendend (ist eben ein flinkes Tier): Er sei forschender Mediziner. Und habe Vertrauen in die Wissenschaft. Diese werde gute und effiziente Wege für den Umgang mit dem Klimawandel zeigen.

Mittwoch, 6. März

Die Präsidentin des Nationalrats redet konsequent Italienisch. Wäre für R. F. kein Problem. Dank seinem Italienisch bestünde auch ein direkter Draht zu Bundesrat Cassis. Von Arzt zu Arzt wäre Latein eine weitere Option.

Dienstag, 12. März

Mit Larve ist nur schwer Wahlkampf zu machen. Zeedel als Wahlhilfe? – Nutzlos. Fasnacht ist Wahlkampfswüste.

Mittwoch, 13. März

Während in Basel noch Frau Fasnacht lärmt, debattiert Nationalrat das Multilaterale Übereinkommen zur Umsetzung steuerabkommensbezogener Massnahmen zur Verhinderung der Gewinnverkürzung ... Zu sowas müsste ein gewählter Furlano dann auch was sagen. Auch wenn er heute noch nicht weiss, was es denn zu sagen gäbe. Aber es braucht in Bern oben ja nicht noch mehr Allwissen, sondern eher Alleslernende.

Freitag 29. März

Heute im Tram über Kandidat Furlano getratscht. Kein Problem; er kriegt's nicht mit, da er nie Tram, sondern fast nur Velo fährt. Oder zu Fuss durch seine pollerbewehrte Begegnungszone aka Basler Innerstadt flaniert.

Samstag, 21. April

Ob R. F. Eier für seine Familie versteckt? Evtl. in Ostermesse? Seine Werte seien sein Kompass. Ein solcher sei bei wech-

selnden Windverhältnissen stabiler als die flatternden Fahnen, die andere in die politische Arena hängen.

26. Juni

Sitze auf Ratshaustrübene und schaue den Kandidierenden beim Denken zu. Bei R. Furlano denkt es: Könnten wir im Rat die politische Korrektheit nicht ablegen und wieder auf Klarheit und Anstand setzen?

Dienstag, 15. Oktober

Höchste Zeit, das Couvert mit der Wahlkarte einzuwerfen. Noch nachlesen, wie das mit dem Kumulieren geht. Kann ich den Furlano zweimal wählen?



Maurus Ebner: Warum ich Anna Götenstedt empfehle

Als Wirtin der traditionsreichen, gemütlichen und lebhaften Restauration zur Harmonie liebt Anna die Menschen – Jung und Alt, Arm und Reich, von nah und fern. Sie kennt die Sorgen und Nöte der Bevölkerung. Sie weiss, wo der Schuh drückt.

Als Chefin von fast zwanzig Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern übernimmt Anna soziale Verantwortung. Die beste Sozialpolitik ist noch immer eine gute Wirtschaftspolitik. Nur bei guten Rahmenbedingungen können die Unternehmen den hohen Aufwand schultern.

Als Inhaberin einer KMU wird Anna in Bern dafür sorgen, dass endlich etwas für das Rückgrat unserer Wirtschaft getan wird – und zwar nicht nur in den Sonntagsreden. Sieben von zehn Arbeitsplätzen und noch mehr Ausbildungsstellen sind in kleinen und mittleren Betrieben.

Als bestandene Geschäftsfrau weiss Anna, dass man auf Dauer nicht mehr ausgeben kann als man einnimmt. Da hat sie schon einen gewaltigen Vorzug gegenüber einer Mehrheit der aktuellen Mitglieder der Bundesversammlung!

Als Praktikerin packt Anna Herausforderungen pragmatisch und lösungsorientiert an. Juristen, Wirtschaftswissenschaftler, Theoretiker, Staatsnahe und Subventionsritter gibt es in Bern schon genug.

Mehr als genug, sonst wäre die Politik nicht so weltfremd.

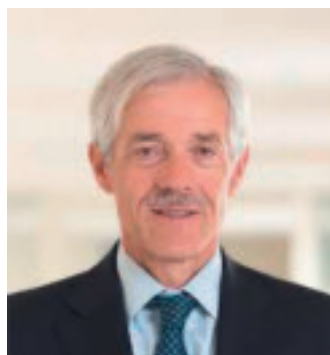
Als Vorstandsmitglied des Wirtverbandes kennt Anna die Sorgen und Anliegen einer wirtschaftlich, sozial und kulturell bedeutenden Branche. Sie weiss um die Bedeutung des Tourismus.

Als Geniesserin setzt sich Anna gegen unsinnige Verbote und den grassierenden Präventionswahn ein. Weitere Einschränkungen der persönlichen und unternehmerischen Freiheit sind zu bekämpfen!

Als Frau mit gesundem Menschenverstand weiss Anna, wie negativ sich hohe Steuern und Zwangsabgaben auswirken. Immer noch mehr Umverteilung zulasten von immer weniger Leistungsträgern ist nicht die Lösung, sondern ein Teil des Problems.

Als Mutter zweier Kinder weiss Anna, wie bedeutsam die Schul- und Berufsbildung sind. Sie kämpft für eine sichere, saubere, weltoffene und friedliche Schweiz. Erfolgsrezepte anwenden, nicht aufgeben!

Ich empfehle Anna zur Wahl. Es braucht in der Politik wieder mehr Leute mit Bodenhaftung. Aus der Praxis und dem wirklichen Leben!



Ueli Vischer: Warum ich Heiner Vischer empfehle

Auf unserer Liste für die Nationalratswahlen im Herbst figurieren ausschliesslich hervorragende Persönlichkeiten Und ich füge hinzu: Wie immer bei den Liberalen. Ich habe das Vergnügen, eine davon, nämlich Heiner Vischer, kurz vorzustellen. Das ist im Grunde unnötig. Denn der aktuelle Präsident unseres Kantonsparlamentes ist weit über den Kreis unserer Partei eine bekannte Figur. Und schon das, ein grosser Bekannten-

kreis, ist bekanntlich wichtige Voraussetzung für Wahlerfolge.

Heiner Vischer ist Naturwissenschaftler. Das ist in der Politik eine rare Spezies – und deshalb äusserst nützlich. Er hat an unserer hiesigen Universität Biologie studiert und als Biologe abgeschlossen. Danach wechselte er zu einem Studienaufenthalt für sieben Jahre nach San Diego an die University of California. In dieser Zeit hat er auch seinen Doktor in Neurobiologie gemacht. Die Objekte seiner Forschung waren Fische, nicht – wie Sie denken mögen - Haifische, sondern elektrische Fische.

Als Biologe bringt er neben der Vielzahl von Juristen, welche sich in Parlamenten tummeln, wertvolle andere Impulse ein, sei es, besonders aktuell, in der Klimadebatte, aber auch z. B. in Verkehrsfragen. Seine Herangehensweise ist es, Fakten zu verstehen und zu erklären; ihm ist in der Politik die Analyse der Faktenlage ein Anliegen. Danach fühlt er sich dann in der Lage, pragmatische Entscheidungen zu fällen.

Im schweizerischen Politbetrieb, sei dies in Basel, aber genau gleich auf Bundesebene, ist für Heiner Vischer klar, dass oft die eigenen Erkenntnisse zu einem Thema nicht eins zu eins umgesetzt werden können. Es gilt, Partner aus anderen politischen Lagern zu finden und mit ihnen zusammen zu auch für Liberale akzeptablen Lösungen zu kommen. Bezeichnend für diese Haltung sind seine Erfolge in der Basler Verkehrspolitik, in der er immer sachpolitische Kriterien über ideologische stellt.

Seine Erfahrungen in der Politik, zwölf Jahre Kantonales Parlament, gekrönt wie erwähnt durch das Präsidium, welches zufällig in das Wahljahr 2019 fällt, sowie nun auch im Parlament seiner Wohngemeinde Riehen, befähigen ihn, auch im Bundesparlament tätig sein zu können. Für Heiner Vischer ist Kultur ein wichtiger Teil seines Lebens. Er engagiert sich mit Rat und Tat ehrenamtlich für viele Institutionen in Kunst und Musik.

Für unser Gemeinwesen setzt er sich in vielen Institutionen ein. Als Beispiele seien erwähnt sein Präsidium der Kommission des Naturhistorischen Museums, die Mitgliedschaft in der Kommission des Kunstmuseums, der Riehener Museumskommission, im Akademierat der Musikakademie oder im Vorstand des Fördervereins der Universität.

Heiner Vischer ist also neben den anderen vier Kandidatinnen und Kandidaten auf der Liberalen Liste ein guter Grund, diese Liste einzulegen.

Antrittsrede Grossratspräsident Heiner Vischer: Die Kunst des Kompromisses ist gefragt

Eine der vornehmsten Aufgaben des Grossen Rates ist es, Kompromisse zu schmieden, die notfalls auch eine Volksabstimmung überstehen. Gerade im 2019, einem Jahr mit vielen wegweisenden Entscheidungen ist dies wichtig. Dies die Kernaussage in der Antrittsansprache des neuen Grossratspräsidenten Heiner Vischer. Nachfolgend einige Auszüge

Wir leben in einer Stadt und damit auch in einer Welt, die immer komplexer wird. Die Ansprüche steigen stetig und der Lebensstandard steigt ebenso – zumindest für die Allermeisten in unserer Gesellschaft. Die Ressourcen sind begrenzt und die Erwartungen sehr hoch. Dies bedarf einer gut austarierten Balance des Möglichen und Machbaren. Dabei spielt die Verhältnismässigkeit eine grosse Rolle, und oft führt erst ein Kompromiss zum Ziel. Ein Kompromiss muss aber letzten Endes von allen Seiten mitgetragen werden – sonst hat das Volk – wie das in unserem demokratischen Rechtssystem so vorgesehen ist, das letzte Wort.

Ein gutes Beispiel für einen gelungenen Kompromiss ist das neue Energiegesetz. Ich habe das Privileg gehabt, in der UVEK die Entstehung dieses Gesetzes eng mit zu begleiten und es hat wahrlich viele – zum Teil schmerzliche - Kompromisse von allen Seiten gebraucht, um es dann mit einer grossen Ratsmehrheit zu verabschieden. Dass kein Referendum ergriffen wurde zeigt, dass der Kompromiss grosse Akzeptanz auch ausserhalb des Parlamentes gefunden hat. Ein anderes Beispiel ist die Steuervorlage 17. Hier konnten sich bekanntlich

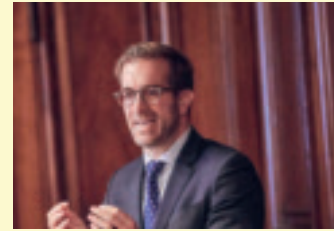
alle im Grossen Rat vertretenen Parteien – mit einer Ausnahme – zu einem Kompromiss durchringen (dabei ist das Wort „durchringen“ sicherlich richtig gewählt). Dass von der nichtbeteiligten Partei das Referendum ergriffen wurde, ist nachvollziehbar – und so hatte das Volk am letzten Wochenende das letzte Wort. Und es hat klar dem Kompromiss zugestimmt.

Natürlich gibt es auch immer wieder Vorlagen, bei denen ein Kompromiss nicht zustande kommt – oder gar nicht erst versucht wird, einen Kompromiss anzustreben. Besonders häufig ist das bei Verkehrsfragen zu beobachten. Das ist sehr bedauerlich, denn oft wird die Parteimeinung über die sachlichen Argumente, die – vielleicht – zu einem Kompromiss führen könnten, gestellt. Aber das ist nun der Gang der Dinge in einer Demokratie.

2019 wird bedeutend für Basel und die Schweiz

Zuallererst stellt sich für Basel die Frage, wie es mit den Bilateralen Verträgen weitergeht. Es kann nicht oft genug erwähnt werden, wie wichtig für den Wirtschafts- und Arbeitsstandort Basel die Beziehungen zu unseren grenznahen

Digitalisierung, 😊 oder ☹️ ?



Kaum einen Ausdruck liest und hört man derzeit so häufig wie das Modewort «Digitalisierung». Ich möchte im Erziehungsdepartement und an den Schulen einen pragmatischen Umgang mit neuen Technologien pflegen. Mein Motto: «Wir lassen uns nicht von den Geräten beherrschen, sondern wir nutzen sie, wie und wo wir das sinnvoll finden.»

Wer nach 1990 geboren ist, kommuniziert völlig anders, als wir uns das bisher gewohnt waren. Diesem Umstand müssen wir Rechnung tragen, sei es an den Schulen, sei es in der Wirtschaftswelt oder am Familientisch. Und während an letzterem ein «Digital-Verbot» durchaus sinnvoll sein kann, können es sich weder die Schulen noch die Unternehmen leisten, die Augen vor der Lebenswelt der Kinder und Jugendlichen zu verschliessen. «Digital-Kompetenz» heisst das Zauberwort. Die Basler Jugend soll an den Schulen nicht nur Algebra und das richtige Einsetzen des Genitivs lernen. Es ist wichtig, dass die Schulen einen guten Umgang mit der unbeschränkten Verfügbarkeit von Wissen (und Halbwissen) und den neuen Kommunikationsmitteln vermitteln. Und es ist entscheidend, dass wir die Basler Schülerinnen und Schüler gut auf die sich rasant wandelnde Arbeitswelt des 21. Jahrhunderts vorbereiten können.

Für die nötigen Anpassungen im Unterricht braucht es eine funktionierende Infrastruktur, die auf die Bedürfnisse der Lernenden und der Lehrpersonen eingeht. Es müssen stabile und sichere Netze installiert werden. Es gilt, die Weiterbildung der Lehrerinnen und Lehrer sicherzustellen. Und es müssen genügend Geräte zur Verfügung stehen. Das alles kostet Geld. Ich bin froh, dass der Regierungsrat und der Grosse Rat entsprechende Investitionen genehmigt haben. In den nächsten Jahren sollen rund 30 Millionen Franken für die Informations- und Kommunikationstechnik in die Schulen fliessen. Damit können wir die Digitalisierung in unseren Schulen sinnvoll gestalten statt dem unvermeidlichen Wandel hinterherzuhinken.

Regierungsrat Conradin Cramer



Nachbarn sind. Es ist deshalb für unsere Region von grösster Wichtigkeit, dass in Bern die richtigen Weichen für eine weitere, prosperierende Entwicklung unseres Kantons und letztendendes unseres Landes gestellt werden. Die Offenheit von Basel sollte sich auch in der Offenheit der Schweiz widerspiegeln.

Dieses Jahr wird auch über die Weiterentwicklung des trimodalen Hafens mit einem 3. Hafenbecken entschieden werden. Dieses Projekt bringt Basel nicht nur eine grosse Wertschöpfung sondern ist auch eine grosse Chance, die Transportwege vieler Güter für die Schweiz umweltfreundlich und effizient abzuwickeln und die Rolle Basels als wichtigsten Gateway von Importgütern in die Schweiz zu stärken.

Universität stärken

Wichtige Entscheidungen werden dieses Jahr auch die weitere Entwicklung der Universität betreffen. Die Partnerkantone müssen sich auf ein Modell für eine nachhaltige Finanzierung einigen, damit sich die Universität langfristig weiter entwickeln kann und nicht an Bedeutung verliert. Dies ist für den Erhalt eines erstklassigen Forschungsstandortes von entscheidender Wichtigkeit. Und

dies gilt insbesondere für die naturwissenschaftlichen- und medizinischen Fakultäten: Sie sind ein wichtiger Stützpfeiler für die ansässigen Life Science Unternehmen sind und tragen so indirekt zu einer grossen Wertschöpfung für unseren Kanton bei. Die Kooperationen zwischen der Universität und der Wirtschaft ist eine grosse Chance für den Standort Basel.

Mobilität und Klimawandel

Das Bedürfnis nach Mobilität steigt stetig – und das ist nur zu einem kleinen Teil im Ausflugstourismus sondern vor allem in der Tatsache begründet, dass sich die Arbeitsplätze immer häufiger nicht mehr in der Nähe des Wohnortes befinden, begründet. Das führt zu überfüllten Zügen und vor allem zu chaotischen Zuständen auf dem gesamten Streckennetz, wenn sich eine Panne ereignet. Das Gleiche gilt natürlich auch für den mobilisierten Individualverkehr. Aber was kann dagegen gemacht werden? Primär natürlich einen Ausbau der Kapazitäten schaffen – also mehr Geleise, mehr Doppelstockzüge und auch – wenn das nicht Allen in diesem Saal gefällt – neue Strassenkapazitäten – wie zum Beispiel den Rheintunnel – schaffen.

Dass sich das Klima in einem Wandel befindet wird wohl von niemandem bestritten – die Fakten der Klimaerwärmung sind klar – die Kausalität hingegen weniger. Aber richtig ist, dass wir uns den Gegebenheiten anpassen müssen. Unser Verhalten muss sich auf vernünftige und intelligente Weise ändern wenn eine Klimaerwärmung zumindest gebremst werden soll.

Es ist absehbar, dass die Temperatur auch nach 2030 weiter steigen wird. Wir sind da in einem Teufelskreis, denn – wie vorher erwähnt – steigen unsere Ansprüche immer mehr aber eigentlich sollten wir uns immer mehr beschränken um nicht letztlich wieder in die Steinzeithöhle zurückgehen zu müssen. Aber das wollen wir natürlich alle nicht und deshalb ist auch hier der Mut, intelligente und auch bedarfsgerechte Lösungen zu finden, mehr denn je gefragt.

Zurück zum Rathaus: Ich wünsche mir, dass wir uns alle um intelligente, innovative und gelegentlich auch unkonventionelle Lösungen zum Wohl von Allen bemühen – ganz im Sinn des Leitspruches der auf der Wand vis à vis von mir und hinter Ihnen, in dem steht: SALUS PUBLICA SUPREMA LEX – Das öffentliche Wohl ist unser oberstes Gesetz.



Einige Impressionen von der Feier zu Ehren von Grossratspräsident Heiner Vischer. Fotos Dominik Plüss (www.photoplüss.ch).

Jungliberale: Klimaschutz: Handeln statt Demos

Von allen möglichen Seiten wird möglichst medienwirksam das Schlagwort Klimawandel instrumentalisiert. Meist bleibt es aber bei billigen Worten und wirkungslosen Aktionen. Wir Jungliberalen wählen einen anderen Weg und haben Vorstösse erarbeitet, die konkretes Handeln bewirken. Diese Vorstösse haben wir unserer LDP-Fraktion zum Einreichen im Grossen Rat übergeben.



Benjamin von Falkenstein

Die 16-jährige Greta Thunberg reist mit dem Zug von Schweden ans WEF in Da-

vos. Basler Schülerinnen und Schüler demonstrieren wegen des «Klima-Notstandes». Der Grosse Rat verabschiedet eine Resolution zum «Climate Emergency», was zu Deutsch Klima-Notfall heisst, und so von fast allen akzeptiert wird. Alles sehr medienwirksam, sicher ernst gemeint, aber alles auch mit dem Risiko des schnellen Hypes, der dann ebenso schnell wieder abflaut. Und der sich zudem für politische Trittbrettfahrer bestens eignet. Wir Jungliberalen Basel-Stadt sind mit den Jugendlichen einig, dass etwas gegen den Klimawandel unternommen werden muss. Dessen Auswirkungen sind in Bangladesch bereits dramatisch, im Gundeli muss man

noch etwas genauer hinschauen, um sie zu sehen. Grosse Worte, Demos und Resolutionen mögen zwar die Sensibilisierung fördern, das Problem lösen sie aber nicht. Wir Jungliberale verfolgen zusammen mit der LDP andere Ansätze. Es soll nicht nur geredet, unrealistisch gefordert und demonstriert werden, konkretes Handeln ist gefragt. Wir haben deshalb drei politische Vorstösse für den Basler Grossen Rat vorbereitet, die von Mitgliedern der LDP-Grossratsfraktion bereits eingereicht wurden.

Erstens soll eine Spezialkommission eingesetzt werden, um konkrete Massnahmen im Kanton umzusetzen. Dann fragen wir den Regierungsrat an, ob er bereit ist, freiwillige CO₂-Abgaben auf Flugtickets zu propagieren. Und drittens fordern wir eine Solar-Offensive, um das Potential dieser erneuerbaren Energie besser als heute auszuschöpfen. So wollen wir, zusammen mit der LDP, die sich schon lange für Umwelthanliegen einsetzt, einen konkreten Beitrag leisten. Unter dem Motto «Taten statt Worte»!

Gut besuchte GV der LDP Riehen -Bettingen



Am 4. April fand die gut besuchte Generalversammlung der Liberal-Demokratischen Partei Riehen Bettingen im Restaurant Hörnli statt. Die statutarischen Geschäfte konnten rasch abgewickelt werden. Ohne Gegenstimmen wurden Jahresbericht, Jahresrechnung und Budget genehmigt und dem Vorstand um Präsidentin Nicole Strahm-Lavanchy die Décharge erteilt. Im Jahresrückblick wurden insbesondere die Mitgliederanlässe im Herbst und Winter hervorgehoben, die in der Partei auf grossen Anklang gestossen sind. Die kantonale Parteipräsidentin und Ständeratskandidatin Patricia von Falkenstein, die wie Nationalrat Christoph Eymann als Gast an der Versammlung teilnahm, zeigte sich erfreut über die Vielfalt bei den LDP-Mitgliedern und unterstrich die Bedeutung des Engagements von Personen aus den unterschiedlichsten Bereichen, die sich ehrenamtlich für die Partei und ihre liberalen Werte einsetzen. Solche Menschen brauche es auch für einen erfolgreichen Wahlkampf im nächsten Jahr, in dem mit Grossratspräsident und Einwohnerrat Heiner Vischer erfreulicherweise ein Mitglied der Riehener Partei für den Nationalrat kandidieren wird. Nach der GV diskutierten die Parteimitglieder bis spätabends lebhaft über Themen, die in der kantonalen Politik zu reden geben, wie das Ozeanium und der geplante Neubau des Naturhistorischen Museums und des Staatsarchivs. Überschattet wurde die Versammlung von der Trauer über den Tod von Vorstandsmitglied Ursina Kissling, die vor wenigen Wochen nach kurzer schwerer Krankheit aus dem Leben gerissen wurde. Die Parteimitglieder gedachten ihrer in einem Moment der Stille.

Fotos Thomas Strahm.

Volksinitiative in Vorbereitung: Mehr Sicherheit dank besserer Sichtbarkeit

Die LDP ist schon lange der Ansicht, dass auch Kameras im öffentlichen Raum zur Verbesserung der Sicherheit in Basel beitragen können. Da entsprechende Vorstösse im Parlament jeweils am links-grünen Widerstand gescheitert sind, soll nun eine Volksinitiative zum Erfolg führen. Dies soll aber überparteilich geschehen, weshalb die LDP zur Zeit bei den bürgerlichen Partnern sondiert, wer mit an Bord ist.



Grossrat André Auderset

Mit Interesse und gewisser Genugtuung hat die LDP die Erkenntnis der jüngst veröffentlichten Kriminalstatistik zur Kenntnis genommen, dass dank privater Videokameras die (Einbruchs-)Kriminalität in Basel gesunken ist. In anderen Städten und besonders in England zeigt sich schon lange, dass Videokameras im öffentlichen Raum doppelt zur Sicherheit beitragen können. Zum einen wirken sie abschreckend auf die potentielle Täterschaft und damit

präventiv. Zum anderen dienen sie der Täter-Ermittlung, wenn doch etwas passiert ist.

Links-Grün blockte alle bisherigen Versuche ab

Auch in Basel gab es in jüngerer Vergangenheit immer wieder Versuche mit Vorstössen im Grossen Rat, durch Videokameras im öffentlichen Raum die Sicherheit zu verbessern. Felix Wehrli forderte 2017 mit einem Anzug Videokameras an Hotspots, zwei Jahre davor versuchte es Christian Meidinger mit demselben Anliegen. Gar eine Motion hatte Markus Lehmann 2012 eingereicht, die Videoüberwachung im öffentlichen Raum forderte. 2011 beantragte der Regierungsrat 2011 beantragt der Regierungsrat dem Grossen Rat die Installation und den Betrieb einer Videoüberwachungsanlage für die Kantonspolizei.

Sowohl entsprechende Anträge des Regierungsrates wie auch parlamentarische Vorstösse scheiterten aber immer am geballten links-grünen Widerstand. Spezialisten in der LDP haben deshalb be-

reits vor Wochen einen Entwurf für eine Volksinitiative ausgearbeitet.

Überparteiliches Vorgehen anstreben

Das Thema ist aber zu wichtig, um nur von einer Partei vorangetrieben zu werden. Die LDP hat ihren Entwurf eines Initiativtextes deshalb schon vor einiger Zeit an alle bürgerlichen Parteien und an die Grünliberalen verschickt mit der Einladung, sich an der Fortentwicklung des Projekts zu beteiligen.

Ziel ist die Gründung eines überparteilichen Initiativkomitees, welches das Begehren lanciert und die Unterschriften sammelt. Die Antworten sind noch ausstehend.

Keine Dauerüberwachung - aber Hilfe bei Aufklärung

Das Begehren soll zum Inhalt haben, dass an klar definierten „Hotspots“ Kameras aufgestellt werden. Diese zeichnen das Geschehen automatisch auf, löschen die Aufzeichnungen aber ebenso automatisiert nach einer vorgängig definierten Zeitspanne. Betrachtet und ausgewertet würden die Aufzeichnungen nur auf Ersuchen der Staatsanwaltschaft und nur dann, wenn sich im Aufnahmebereich einer Kamera ein Verbrechen ereignet hat.

Die LDP hofft, dass sich möglichst viele Parteien und unabhängige Persönlichkeiten an diesem überparteilichen Komitee beteiligen und so dem Ziel, mehr Sicherheit in Basel zu schaffen, zum Durchbruch verhelfen.

	2013	2014	2015	2016	2017	2018	Differenz %
Leib und Leben*	1'364	1'382	1'504	1'410	1'436	1'396	-3 (+2)
Tötung (vollendet)	1	3	1	0	3	1	-67 (-)
Tötung (versucht)	15	9	12	8	16	9	-44 (+100)
Körperverletzung	544	507	508	543	500	385	-23 (-8)
- schwer	28	13	12	43	13	23	+77 (-70)
- einfach	516	494	496	500	487	362	-26 (-3)
Tätlichkeiten	559	609	632	567	627	734	+17 (+11)
Raufhandel	52	31	63	56	86	42	-51 (+54)
Angriff	84	105	136	123	74	102	+38 (-40)
Gewalt gegen Beamte	214	151	130	248	373	313	-16 (+50)
Total	1'453	1'403	1'469	1'537	1'660	1'576	-5 (+8)

Kriminalstatistik 2018 Staatsanwaltschaft Basel-Stadt

Die Tabelle aus dem Bericht der Staatsanwaltschaft Basel-Stadt zeigt die ungebrochen hohe Häufigkeit von Straftaten gegen Leib und Leben. 2018 war in dieser Hinsicht das zweitschlimmste Jahr - nur 2017 war die Zahl noch höher.

Hochstehende Diskussion am LDP-Podium zum Neubau NHM/Staatsarchiv

Rund 70 Personen nahmen am LDP-Podium zum Thema „Naturhistorisches Museum und Staatsarchiv - braucht es einen Neubau?“ im Zunftsaal der Schmiedenzunft teil. Sie kamen in den Genuss einer hochstehenden Diskussion unter Leitung von BZ-Chefredaktor Patrick Marcolli. Für die Abstimmungsvorlage sprachen sich die Autorin und Historikerin Esther Keller sowie Prof. Dr. Marcel Tanner, Biologe und Epidemiologe, aus. Dagegen argumentierten der Kunsthistoriker Thomas Bachmann und SVP-Grossrat Joel Thüring. Hier ein paar Impressionen:



P.P.
4010 Basel
Post CH AG

Liberal

Forum für liberale Politik
in der Region Basel

April 2019

Preis
Einzelpreis CHF 4.00,
Jahresabonnement CHF 18.00

Auflage
1'400 Exemplare
erscheint ca 4-mal jährlich

Herausgeberinnen
LDP Basel-Stadt
LDP Riehen/Bettingen
Jungliberale Basel

Redaktion
André Auderset

Redaktionsadresse
Elisabethenanlage 25
4010 Basel
T 061 272 12 36
F 061 272 17 43
andre.auderset@ldp.ch

Inserate
Elisabethenanlage 25
4010 Basel
T 061 272 12 36
F 061 272 17 43

Herstellung
Gremper AG, Basel/Pratteln